

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Mag. Mag. Pia Maria Wieninger (SPÖ), Nikolaus Kunrath (GRÜNE), Mag. Berivan Aslan (GRÜNE), Mag. Caroline Hungerländer (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) für den Gemeinderat am 22.02.2024, eingebracht im Zuge der Debatte zur Mitteilung des amtsführenden Stadtrats für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke.

Solidarität mit der Ukraine

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem die Ukraine zum Schauplatz eines brutalen und ungerechtfertigten Angriffskriegs wurde, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen russischen Einmarsch. Dieser Krieg hat unermessliches Leid über das ukrainische Volk gebracht: Tausende haben ihr Leben verloren, Millionen sind zu Flüchtlingen geworden, Städte liegen in Trümmern. Die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und Souveränität eines friedlichen Staates wurde mit Füßen getreten. Die Welt hat in Erschütterung und Entsetzen zugesehen, wie eine Nation um ihre Existenz kämpft.

Dieser Krieg hat nicht nur das Leben von Millionen Ukrainern unmittelbar beeinträchtigt, sondern auch die geopolitische Landschaft Europas und der Welt tiefgreifend verändert. Die Europäische Union hat in dieser Krise eine beispiellose Einheit und Entschlossenheit gezeigt, indem sie durch Sanktionen und Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine Stellung bezog. Diese solidarische Haltung ist ein Zeichen dafür, wie Krisen die Gemeinschaft stärken und zu einem engeren Zusammenhalt führen können. Die Auswirkungen des Kriegs sind jedoch weitreichend. Die globalen Spannungen sind gestiegen, und die Notwendigkeit der Verteidigung demokratischer Werte und der territorialen Integrität von Nationen ist offensichtlich geworden. Diese Ereignisse haben gezeigt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nicht als selbstverständlich angesehen werden dürfen und dass aktive Maßnahmen erforderlich sind, um diese zu erhalten und zu fördern.

Inmitten dieser Verwüstung hat die Europäische Union eine wichtige Entscheidung

getroffen: die Nutzung der Zinsen aus eingefrorenem russischem Vermögen für den Wiederaufbau der Ukraine. Diese Maßnahme ist ein erster Schritt, um Gerechtigkeit für das ukrainische Volk zu schaffen und zugleich ein Zeichen der Solidarität. Es stellt sich jedoch die Frage, ob nicht auch das beschlagnahmte russische Staatsvermögen direkt zur Unterstützung der Ukraine verwendet werden kann.

Der Krieg hat auch die Dringlichkeit der Energiewende in Europa verdeutlicht. Hier muss gerade Österreich in die Pflicht gezogen werden. Österreich bezieht weiterhin 98% des importierten Gases aus Russland, wobei die gesamte importierte Gasmenge stetig sinkt. Daher braucht es wirksame Schritte zur Reduktion der Energieabhängigkeit von Russland. Laut neuesten Berichten^[1] landen bis zu 250 Millionen Euro monatlich an Gasrechnungen in Moskau. Dieses Geld wird von Putin verwendet, um den Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions)antrag:

Der Wiener Gemeinderat drückt seine unerschütterliche Solidarität mit der Ukraine aus.

Der Gemeinderat fordert die Europäische Kommission dazu auf, eine Prüfung einzuleiten, ob zusätzlich zu den Zinserträgen von eingefrorenem russischem Geld auch das beschlagnahmte russische Staatsvermögen für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden kann.

Weiters fordert der Gemeinderat die österreichische Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie dazu auf, einen tragfähigen Plan zur Reduktion der Energieabhängigkeit von Russland vorzulegen.

^[1] <https://kurier.at/politik/inland/wie-oesterreichs-gaskunden-putins-kriegskasse-fuellen/402741490>

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

21.02.2024